

Wohlfahrtsverbände nehmen vor der Wahl Parteien unter die Lupe

Essen (epd). Die Wohlfahrtsverbände in NRW nehmen vor der Landtagswahl am 9. Mai die Parteien unter die Lupe. Am Dienstag hat die Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtsverbände (LAG FW) 40 sozialpolitische Fragen an die Parteien in NRW veröffentlicht. Darin werden unter anderem Lösungen für aktuell besonders dringliche Probleme angefragt.

So wollen die Wohlfahrtsverbände unter anderem wissen, was die Parteien im Falle einer Regierungsbeteiligung tun wollen, um gleichwertige Lebensverhältnisse und Lebenschancen für alle Menschen in NRW herzustellen. Gefragt wird auch nach der Finanzausstattung der Kommunen, nach landeseinheitlichen Elternbeiträgen für Kindergärten sowie nach Qualität und Finanzierung von Schulkinderbetreuung und Bildungschancen.

Oberstes Ziel verantwortlicher Politik müsse es sein, den Menschen gleiche und gerechte Lebenschancen zu bieten, erklärte der LAG-Vorsitzende Andreas Meiwes, Diözesan-Caritasdirektor im Bistum Essen. Der Fragenkatalog sei von der Sorge geleitet, dass soziale Errungenschaften wegen der sich abzeichnenden katastrophalen Haushaltssituation der öffentlichen Hand massiv abgebaut werden könnten. Stabile soziale Sicherungssysteme seien aber der Garant für sozialen Frieden und den Erhalt der Demokratie, erklärte Meiwes.

Er kündigte an, die Antworten der Parteien im Vorfeld der Landtagswahl öffentlich zu bewerten und zu kommentieren. Nach der Wahl würden die Aussagen der Parteien auf ihre Umsetzung hin überprüft.

Der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege in NRW gehören 17 Spitzenverbände von AWO, Caritas, Deutschem Roten Kreuz, Diakonie, den Jüdischen Gemeinden und dem Paritätischen Wohlfahrtsverband an.

epd-West ros spi

© epd Hinweis zum Urheberrecht

▲TOP

Evangelischer Pressedienst, Kaiserswerther Straße 450, 40474 Düsseldorf,
duesseldorf@epd.de